

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/5265

A09

Ministerium der Finanzen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister



7. Juni 2021
Seite 1 von 2

Aktenzeichen
P 1001 – 02_2021/04 – IVA5
Frau Möllmann

**Vorlage
an den Innenausschuss
des Landtags Nordrhein-Westfalen**

Beantragung der Fraktion der SPD zum Thema „Folgen des Scheiterns der Gespräche zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes“

**Sitzung des Innenausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 10. Juni 2021**

Die Fragen der Fraktion der SPD vom 31. Mai 2021 zu dem Thema „Folgen des Scheiterns der Gespräche zur Attraktivierung des öffentlichen Dienstes“ werden wie folgt beantwortet:

Am 19. Mai 2020 startete die Landesregierung Gespräche mit Verbänden und Gewerkschaften zur Vorbereitung eines Gesetzgebungsvorschlages der Landesregierung an den Landtag mit dem Ziel einer Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Dieser Dialog konnte schließlich – nachdem zwischenzeitlich Gespräche im Rahmen verschiedener Arbeitsgruppen erfolgt sind – im Rahmen eines Spitzengesprächs am 18. Mai 2021 abgeschlossen werden.

Anknüpfend an den ersten Schritt, die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2019/2020/2021 durch zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich, hat die Landesregierung mit den Verbänden und Gewerkschaften Gespräche über Möglichkeiten einer weiteren Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes geführt.

Der Schwerpunkt bei diesen Gesprächen lag auf einer Identifizierung von Maßnahmen, die zu merklichen Verbesserungen für die Landesbeschäftigten führen und gleichzeitig – nicht zuletzt auch wegen der durch die Corona-Pandemie verursachten haushalterischen Belastungen – keine signifikanten Mehrkosten auslösen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4972-0
Telefax (0211) 4972-1217
Poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle
Heinrich Heine Allee

im Herbst 2021 Tarifverhandlungen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder mit den Gewerkschaften u.a. zu allgemeinen Entgelterhöhungen beginnen werden.

Identifiziert wurde ein Katalog von verschiedenen attraktivitätssteigernden Einzelmaßnahmen, die sich zu einem umfassenden Gesamtpaket zusammenfügen. Die Landesregierung beabsichtigt, dem Landtag dazu nach abschließender Prüfung aller Vorschläge und Argumente einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen.



Lutz Lienenkämper